



Niederschrift

47. Plenarsitzung des Gemeinderates
28. Februar 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

6.

Punkt 5 der Tagesordnung: Bebauungsplan "Östlich Esslinger Straße zwischen Heidenheimer Straße und Ludwigsburger Straße und Teilbereich Heidenheimer Straße", Karlsruhe-Grünwettersbach: Auslegungsbeschluss

Vorlage: 2022/2488/2

Punkt 5.1 der Tagesordnung: Bebauungsplan "Östlich Esslinger Straße zwischen Heidenheimer Straße und Ludwigsburger Straße und Teilbereich Heidenheimer Straße", Karlsruhe-Grünwettersbach: Auslegungsbeschluss

Interfraktioneller Änderungsantrag: CDU, SPD, FDP

Vorlage: 2022/2488/1

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Planungsausschuss die Fortsetzung des Bebauungsplanverfahrens „Östlich Esslinger Straße zwischen Heidenheimer Straße und Ludwigsburger Straße und Teilbereich Heidenheimer Straße“, Karlsruhe-Grünwettersbach mit der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

Der Auslegung ist grundsätzlich der Bebauungsplanentwurf vom 30. April 2021 in der Fassung vom 15. Februar 2023 zugrunde zu legen. Änderungen und Ergänzungen, die die Grundzüge der Planung nicht berühren, kann das Bürgermeisteramt noch in den Bebauungsplanentwurf aufnehmen und zu diesem Zweck ggf. die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes wiederholen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung zur Beschlussvorlage (36 JA-Stimmen, 6 Nein-Stimmen 1 Enthaltung)

Änderungsantrag ist erledigt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss am 9. Februar 2023.

Es ist ein Auslegungsbeschluss, dem auch die entsprechende Vorberatung in den Gremien des Ortschaftsrates vorausgegangen ist, und es gibt hier eine ganz kurze Einführung in die Thematik von Frau Professor Dr. Karmann-Woessner.

Professor Dr. Karmann-Woessner (StPIA): Ja, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, herzlichen Dank, dass ich die Möglichkeit habe, hier den Bebauungsplan noch vorzustellen kurz, Östliche Esslinger Straße. Wir bitten Sie heute um den Beschluss, die Auslegung für den Bebauungsplan quasi zu beschließen. Es ist ein Bebauungsplan nach § 13b. Das hat der Gesetzgeber erst vor wenigen Jahren eingeführt, für Flächen bis zu 10.000 Quadratmeter überbaute Fläche, ein beschleunigtes Verfahren zu ermöglichen, und das haben wir hier wahrgenommen, um diese einseitig bebaute Straße zu erweitern und Wohnraum für, ja, im Endausbau 400 neue Einwohnerinnen und Einwohner hier im Stadtteil in den Bergdörfern zu ermöglichen.

Sie sehen, wir haben gewisse Vorgaben aus der Flächennutzungsplanung, also für den Gesamtbereich 160 Wohneinheiten. Das hat sich aus dem Flächennutzungsplan ergeben, war auch immer wieder Diskussion während des Verfahrens. Wir haben hier aber nicht nur eine Wohnbebauung, sondern über einen städtebaulichen Wettbewerb in dieser sehr charakteristischen Form, mit sehr viel gliedernden Grünflächen, welche in den Landschaftsraum hinaus entwickelt worden ist und entworfen wurde, sondern eben auch große öffentliche Freiflächen als Landschaftsfenster, um diesen sensiblen Übergang zur angrenzenden Bebauung der Einfamilien- und Doppel- und Reihenhäuser, die hier typisch sind, zu gewährleisten. Wir haben aber auch, und das ist hier auch eine wesentliche Nachfrage in den Höhenstadtteilen, die Nachfrage nach Mehrfamilienhäusern, dass auch ein Generationenwechsel in den großen Häusern stattfinden kann. Das ist die Grundidee.

Wir haben dann nach der ersten frühzeitigen Beteiligung noch mal den Bebauungsplan überarbeitet und auch nach der Trägerbeteiligung. Da ging es noch mal um die Anpassung des Geltungsbereichs, weil es sehr schwierig war, die Ausgleichsflächen tatsächlich nachzuweisen. Sie sehen hier, dass auch einige Ausgleichsflächen außerhalb des eigentlichen Plangebiets liegen. Es war auch noch mal der Wunsch, den Abstand zum Friedhof zu erhöhen und vor allem bestehende Baumgruppen und Baumreihen zu erhalten, auch mehr Begrünung noch im Straßenraum zu gewährleisten. Ein wesentlicher Punkt, der bis zum Schluss auch diskutiert wurde, auf den ich gleich noch mal etwas vertieft eingehe, ist die der Besucherstellplätze bzw. die Stellplatzfrage insgesamt. Die Festsetzung passiver Schallschutzmaßnahmen war auch noch mal ein Thema. Sie wissen, diese Fläche liegt nahe zur Autobahn zum einen, aber auch nahe zu den Sportflächen.

Ja, worum geht es hier bei der Diskussion um den Stellplatzschlüssel. Es geht hier darum, dass wir nach erster Beratung im Planungsausschuss 1,3 Stellplätze pro Wohneinheit vorgeschlagen hatten. Das ist ein Stellplatz und 0,3 dann sind die Besucherstellplätze. Die Stellplätze sind ja vollständig in Tiefgaragen untergebracht, und hier wollten wir die Kosten auch reduzieren und im Sinn der Verkehrswende und der anderen Programme, die wir ja beschlossen haben, fanden wir das vertretbar. Das wurde aber im Verfahren nicht weiter gewürdigt, sondern es wurde insbesondere aus dem Ortschaftsrat und dann jetzt auch durch den interfraktionellen Antrag noch einmal die Bitte geäußert, auf einen höheren Stellplatzanteil hier zu setzen. Dieses sind die 1,5 Stellplätze, die wir hier jetzt im Mittelwert empfehlen werden. Das heißt, die Mehrfamilienhäuser, die ja auch als ein Hauskomplex dann gebaut werden, haben 1,3 Stellplätze pro Wohneinheit. Das ist zum Beispiel wenn

Sie vier Wohneinheiten haben oder drei Wohneinheiten, wären es 3,9, und das wären dann vier Stellplätze. Die Reihenhäuser bzw. Einfamilienhäuser oder Doppelhäuser, die haben jeweils zwei Stellplätze nachzuweisen, und über diesen Wohnungsmix, der allerdings im Einzelnen auch durch den Bebauungsplan ja nicht festgesetzt wird, kommen wir dann auf ein Mittel von 1,5 Stellplätzen pro Wohneinheit.

Ja und das ist unser Zeitplan, wir fassen jetzt Anfang 2023 den Auslegungsbeschluss, gehen dann in die öffentliche Auslegung und wollen den Satzungsbeschluss 2024 bzw. Anfang 2024 bzw. Ende 2023 fassen, so schnell, wie das möglich ist, aufgrund der personellen Kapazitäten und auch der vorgebrachten noch Anregungen in der Auslegung. Dann schließt sich quasi auch noch die Umlegung an und die Anlage dann der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, sodass wir noch ein bisschen Zeit benötigen im Anschluss, bevor dort, wie man so schön sagt, der erste Bagger rollen kann. Ja, wenn Sie weitere Fragen haben, auch zum Verkehrskonzept, das Ihnen ja jetzt noch zugeleitet wurde vor der Sitzung, sehr gerne. Herzlichen Dank.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Wir kommen damit zu den Wortbeiträgen.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Es geht hier um eine Ausweitung des Siedlungsbereichs in den Außenbereich. Normalerweise lehnen wir so was ab, aber wir brauchen eben händeringend Wohnungen, und hier wird es uns etwas einfacher gemacht, dadurch, dass eine Straße schon existiert, die bisher einseitig bebaut wird, und jetzt wird eben die Außenseite der Straße noch mal bebaut, sodass weniger Fläche versiegelt wird, als wenn man irgendwo anders völlig neu anfangen würde. Das macht es uns leichter, dann doch zuzustimmen. Es gibt auch eine Reihe von Ausgleichsmaßnahmen. Es gibt Dach- und Fassadenbegrünungen, diese sind auch schön, so wie wir das eben auch haben wollen, es gleicht es aber eben nicht ganz aus. Dann geht es wie immer um die Parkplätze. Es wurde schon erwähnt von Frau Karmann-Woessner. Eigentlich hatte die Stadtverwaltung eine moderne Variante gewählt, eben 1,3 Stellplätze im Durchschnitt pro Wohneinheit. Angesichts der Topografie, die dort herrscht, war das eigentlich angemessen, meinen wir. Die Autofraktionen haben das auf 1,5 erhöht. Es ist kein großer Unterschied, aber es ist ein Unterschied, und gerade diejenigen, die sonst fordern, es muss weniger Vorschriften geben beim Bauen, die haben hier draufgepackt bei den Vorschriften und die, die sonst sagen, es muss günstiger gebaut werden können, die haben hier draufgepackt bei den Preisen, wie Frau Karmann-Woessner es erwähnt hat. Gerade Tiefgaragen sind teuer, die steigern die Kosten. Das gefällt uns alles nicht, aber angesichts der Mehrheiten haben wir darauf verzichtet, einen Änderungsantrag zu stellen, um wieder auf die Verwaltungsvorlage zurückzukommen. Insgesamt sehen wir eben mehr Licht als Schatten und stimmen deshalb zu, wenn auch nicht mit Begeisterung.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es ist jetzt fast schon ablenkend, was die GRÜNEN heute vortragen. Da könnte man wirklich Stunden dazu ausführen. Ich will es kurz machen, weil die Bedeutung des Baugebietes eigentlich wichtiger ist als die Stellplatzarithmetik, die wir heute sozusagen fast schon abschließen. Dieses Baugebiet ist langfristig vorbereitet. Der Herr Oberbürgermeister hat darauf hingewiesen. Wir haben uns in allen Gremien viel Mühe gegeben. Es ist eben einfach notwendig, dass wir in der gesamten Stadt solche Gebiete schaffen und Wohneinheiten umsetzen, um dem allgemeinen Problem ernsthaft ein wenig entgegenzutreten und nicht immer nur davon zu reden in politischen Vorträgen oder Kommunalwahlkampfprospekten. Dazu gehört eben dieses fast schon überschaubare

kleine Gebiet mit den 170 Einheiten. Ich möchte mich ausdrücklich bedanken bei der Verwaltung, die auf die vielen guten und kritischen Anregungen der Bürgerschaft sehr, sehr ausführlich und korrekt eingegangen ist. Ich sehe auch beim Ortschaftsrat, der nicht einheitlich abgestimmt hat, ein großes Bemühen, hier konstruktiv sich einzubringen. Letztendlich zeigt sich das auch an der schon angeschnittenen Stellplatzdiskussion, denn der Ortschaftsrat hat sich einstimmig für eine Ausweitung der Stellplatzquote auf 1,5 ausgesprochen. Ich denke, wir müssen jetzt nicht auf die Frage Mittel oder nicht Mittel, ich habe den Antrag selber gestellt und weiß, was ich nicht gesagt habe, näher eingehen, weil die Verwaltung zumindest das Votum des Ortschaftsrates und jetzt auch den überfraktionellen Antrag insoweit ernst genommen hat, dass sie die Vorlage noch einmal geändert hat, und ich glaube, jetzt sollten wir mal den Geist ruhen lassen, auch die CDU-Fraktion und ich höre, auch die anderen werden diesem geänderten Vortrag oder Vorschlag zustimmen, so dass die Offenlage seinen Lauf nehmen kann. Ich will nur, wenn wir jetzt schon über das Thema reden, sagen, dass diese 1,5, die wir absolut nicht im Mittel gefordert haben zunächst, dass sie durchaus angebracht sind für die Kubatur, die wir da oben haben, und die Verkehrswende werden Sie woanders einzuleiten haben, aber sicher nicht in den Höhenstadteilen, das garantiere ich Ihnen. Ich sage nur mal einen anderen Vergleich, in Waldbronn, wo eine ähnliche Bauentwicklung jetzt durchgeführt wird, da reden wir über 2,0. Das heißt also, dort hat man die Zeichen der Zeit gesehen. Vielen Dank für die Gesamtleistung.

Stadtrat Zeh (SPD): Dies ist jetzt die erste Auslegung von einer Fläche aus dem neuen Flächennutzungsplan 2030, und wir haben ja im neuen Flächennutzungsplan nur 80 Hektar, nicht mal die ganz letztendlich, obwohl uns ja eigentlich 240 Hektar zugestanden werden als Wohnbaufläche. Das heißt, wir gehen sparsam mit Flächen im Außenbereich um. Der Vorteil, der Herr Kollege Honné hat es auch gesagt, dieses Bebauungsplans ist auf jeden Fall, dass die Straßen schon vorhanden sind. Das heißt also, wir brauchen keine neue Straße zu bauen. Das spart natürlich Kosten und vor allen Dingen auch tatsächlich Flächen. Das ist bis jetzt ja eine einseitig bebaute Straße gewesen. Ich war bereits bei der ersten Bürgeranhörung dabei, und da gab es natürlich hohe Wellen dort, zum einen, weil natürlich das Gegenüber jetzt bebaut werden sollte und zum anderen, die Nachverdichtung stößt halt auch selten auf Begeisterung. Es gab natürlich die heftige Diskussion, vor allen Dingen mit dem Thema Verkehr, denn alle Autos in Wettersbach müssen unten durch die Straße, haben wir das mal durch und muss nach oben erschlossen werden.

Herr Honné, da oben ist es halt nicht ganz einfach. Also ich bin auch öfters da oben mit dem Radfahren. Also ich sehe selten da Radfahrer im Hügelland da oben unterwegs, es ist einfach in der Innenstadt einfacher mit dem Radfahren. Das muss man hier auch erkennen. Es gibt auch Bürger und Ortschaftsräte, die dort aktiv sind, und wir als SPD haben auf diese gehört. Deshalb waren wir bereit, diesen gemeinsamen Antrag mitzugehen, weil dieser Beschluss im Ortschaftsrat da war, aber wir sind mit der Änderung, wie jetzt in der Vorlage der Verwaltung aufgeführt wird, einverstanden. Der Vorteil dieser Änderung ist ja, dass die Kubatur der Versiegelung letztendlich auch erhalten bleibt. Ein Thema, was natürlich da oben in Wettersbach auch immer wieder eine Rolle spielt, ist der Starkregen, sicherlich nicht für das Gebiet, aber alle versiegelten Gebiete müssen natürlich nach unten in Wettersbach abgeführt werden, aber wir sind überzeugt, dass das Tiefbauamt das im Griff hat. Das neue Baugebiet hat natürlich auch eine andere Schwierigkeit noch, es geht näher zur Autobahn. Auch diese Lärmquelle muss hier beachtet werden, aber wir sind mit der Veränderung, die das Stadtplanungsamt aus dem Wettbewerb letztendlich in diese

Detailplanung gemacht hat, zufrieden und werden hier gerne der Vorlage so zustimmen. Wichtig ist ja auch sowohl, dass die Kita hier noch entsteht, auch das entlastet natürlich, und die Verlagerung und Zusammenführung der Sportvereinsflächen ist auch ein wesentliches Element. Hierdurch können möglicherweise auch mehr Wohnungen im preiswerten Segment durch einige Grundstücke der Stadt Karlsruhe vielleicht gemacht werden, aber das werden wir im weiteren Verfahren sehen. Wir stimmen also dieser geänderten Vorlage der Verwaltung zur Auslegung zu.

Stadtrat Høyem (FDP): Danke sehr an die Verwaltung und auch an Sie, Herr Oberbürgermeister, dass man die Ortschaftsräte dort ernst genommen hat. Ich will die Provokation von meinem Kollegen Honné nicht beantworten. Ich will nur sagen, ein richtig großer Unterschied zwischen verschiedenen Politikern ist, da gibt es Politiker, die für Menschen und mit Menschen Politik machen. Da gibt es andere Politiker, die machen Politik wegen ideologischer Parteiprogramme. Das sind zwei verschiedene Typen Mensch in der Politik, und wir denken also, mit Ortschaftsrat und mit dieser pragmatischen Lösung in einer realen Situation, wo die Menschen, die dort wohnen, und die Menschen, die dort in der Zukunft wohnen, das ist sehr viel wichtiger als ideologische Parteiprogramme. Also wir stimmen dem zu, und wir bedanken uns für die Flexibilität in der Verwaltung.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Den Ortschaftsrat ernst nehmen, das gilt auch für uns. Es ist ja so gewesen, zumindest nach den uns vorliegenden Informationen, dass von acht Stimmberechtigten drei dagegen gestimmt haben, aus verschiedenen Gründen. Einmal hat man Probleme gehabt, soweit wir informiert wurden, mit dem Verkehrsgutachten, was sehr spät erst, so, wie wir gehört haben, erst kurz vor der Sitzung den Ortschaftsräten verfügbar gemacht wurde. Auch wir hier im Gemeinderat haben es erst spät bekommen. Dann gab es Menschen, die mit dem Prozess der Umlegung nicht zufrieden waren. Andere waren mit der Wahl der Ausgleichsflächen nicht zufrieden. Das Problem der Nachverdichtung wurde schon angesprochen, was natürlich auch von den dort Wohnenden einiges abverlangt, und dann auch der Parkplatzschlüssel, wo ja der Herr Pfannkuch schon ausgeführt hat, dass 2,0 besser gewesen wäre als 1,5. Jetzt haben wir für die Mehrfamilienhäuser nur 1,3, obwohl vonseiten des Ortschaftsrats und auch vonseiten der Ortsverwaltung von Grünwettersbach darauf hingewiesen wurde, dass die Kriterien, die sonst hier in den Bereichen in der Stadtmitte angewendet werden, dort nicht gelten können, weil viele Menschen, die dort wohnen, eben nicht innerhalb der Stadt unterwegs sind, um zur Arbeit zu kommen, sondern im Landkreis oder in Richtung Stuttgart auf der Autobahn unterwegs sein müssen. Dort hat man dann auch weitere Wege. Durch die Randlage, es liegt ja am Rand von Karlsruhe, ist der Nahverkehr, der öffentliche Personennahverkehr auch nicht so gut ausgebaut. Deswegen brauchen die Leute einfach, wenn sie eine Familie sind, zwei Autos, und deswegen wird auch Waldbronn sich für die 2,0 entschieden haben. Für uns ist die 1,3 zu wenig, und aus diesen Gründen werden wir zumindest teilweise der Vorlage nicht zustimmen.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ja, ich habe auch schon im Planungsausschuss einen Satz zitiert, den ich sehr, sehr wichtig finde, und zwar von der Bauministerin: „Es wird nicht jede Generation in Deutschland ein Einfamilienhaus bauen können.“ Dieser Satz ist in Deutschland natürlich sehr mutig, aber er ist auch realistisch, weil wir haben einfach begrenzte Flächen zur Verfügung, und wir können nicht ewig weiterbebauen und das gilt natürlich für Karlsruhe ganz besonders, wie wir hier immer wieder merken dürfen. Unser Flächenverbrauch steigt und steigt pro Person, und das hängt natürlich damit zusammen, dass wir einfach im Einfamilienhausbestand, den wir haben, der gigantisch ist, einfach keine

Ausnutzung hinbekommen, und dann, jetzt dieses Problem, was wir an der Stelle haben, hier einfach weiterzuführen, das ist einfach nicht zukunftsfähig und auch wenn wir das Thema Klimawandel anschauen und so weiter, ist es nicht zukunftsfähig. Wir müssen einfach mit den Flächen, die wir haben, sehr, sehr sparsam umgehen, und da sind einfach Einfamilienhäuser nicht die richtige Lösung. Dann bin ich dankbar, dass mein Vorredner es schon angesprochen hat, in puncto Stellplatzschüssel. Wenn wir jetzt mal die ganzen Verkehrsdebatten beiseitelassen, wenn wir es mal ganz nüchtern und rational, wie Sie das immer einfordern, hier diskutieren, dann muss man halt einfach darüber reden, ist es uns jetzt wert, da die Kosten zu treiben. Also bei allem, was man im Boden macht, kann man ungefähr von einem Drittel der Bausumme sprechen an Kosten, und dann finde ich es doch interessant, dass diejenigen, die sich hier immer als die großen Verfechter sehen der möglichst wenig Vorgaben, damit es möglichst billig wird, und sagen, es ist ganz schrecklich, dass hier immer von der Politik die ganzen Vorgaben gemacht werden und alles verteuert, dass genau die jetzt hier die teuersten Vorgaben überhaupt machen und dann noch nicht mal pragmatisch ansprechen. Ja, klar, wir haben jetzt hier unsere gewissen verkehrlichen Vorstellungen, aber dafür sind wir bereit, auch die Kosten steigen zu lassen für diejenigen, die dann da einziehen. Und ich denke, die haben natürlich auch das ganz pragmatische Bedürfnis, dass das möglichst günstig ist, auch die Immobilie, in die sie einziehen. Deswegen hätte ich das jetzt an dieser Stelle auch von Ihnen erwartet, dass Sie da auch zu Stellung nehmen und auch diesen Tatsachen einfach auch ins Auge sehen.

Stadtrat Wenzel (FWJFÜR): Wir wissen alle den Spruch, das Glas Wasser ist halbvoll oder halbleer. Bei Frau Göttel war das Wasser jetzt halbvoll, bei mir ist es jetzt genau umgekehrt, halbleer. Ich sehe das Ganze nämlich genau andersherum. Dass eine dörfliche Gegend natürlich mehr Parkraum braucht, auch geschuldet der Topografie, da es ja am Hügel ist, ist selbstverständlich. Auch durch die Altersstrukturen macht es durchaus Sinn, dass der Ortschaftsrat und der Ergänzungs- oder Änderungsantrag den Schlüssel auf 1,5 hebt. Dass es nicht höher ist, wundert mich, aber das muss auch so von unserer Seite akzeptiert werden. Dieser Aufstellungsbeschluss aufgrund des Wohnungsmangels, unsere Bevölkerung wächst auf natürliche und auf unnatürliche Art und Weise, muss man natürlich dementsprechend Gewährleistung tragen. Deshalb hat auch das Ganze einen positiven Aspekt. Ich werde heute aber die Gegenseite vertreten. Das Glas ist für mich in dieser Sache halbleer. Die Kritiker dieses Bauprojektes, und die sollten auch hier Wort haben, bemängeln natürlich in dieser Topografie und dieser Lage natürlich das Volumen, und auch das Verkehrsgutachten spricht von noch aufnehmbaren Kapazitäten. Da die Mehrheiten jetzt auch klar sind, werden wir hier diesen Aufstellungsbeschluss als Freie Wähler ablehnen.

Der Vorsitzende: Ja, vielen Dank. Lassen Sie mich ein paar Punkte noch für das Protokoll klären. Zum einen mag es zwar manchmal auch um Ideologien gehen, aber alle, die hier im Raum sitzen, sind von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt und nicht von Ideologien. Das als Grundbemerkung. Zweite Bemerkung, im Protokoll der Ortschaftsratsitzung steht in der Tat, dass der Änderungsantrag ohne den Zusatz im Mittel mit 13 Stimmen angenommen wurde. Die abschließende Beschlussvorlage wurde dann aber um den Text ergänzt mit 1,5 Stellplätzen im Mittel, und die ist dann von 8:5 von der Mehrheit angenommen worden, weil sich natürlich die Ablehnung nicht nur auf dieses Thema Stellplatz bezieht, sondern auch auf andere Punkte. So gesehen sind wir nach unserer Feststellung im Rahmen der Beschlussabstimmung auch des Ortschaftsrates hier unterwegs, wenn wir Ihnen das hier im Mittel empfehlen.

Dritte Bemerkung, ich bin sehr dankbar, wir haben schon vor vielen Jahren, Frau Professor Karmann-Woessner, festgestellt, dass wir jetzt keine neuen Baugebiete über das bisher Geplante hinaus suchen, aber dass wir immer da, wo wir eine Straße haben, die nur einseitig bebaut ist, schauen, ob wir das ausnutzen können, um es zu arrondieren. Das setzt natürlich dann auch genau solche Planungen in Gang, wie wir sie jetzt heute hier in einem Auslegungsbeschluss dann hier öffentlich machen wollen. Vierte Bemerkung, Frau Stadträtin Göttel, genau das ist der Grund, warum es hier eben auch um Etagenwohnungen geht, um Mehrfamilienhäuser und nicht nur um Einfamilienhäuser, und ich möchte es ganz explizit auch noch mal herausstellen, es geht hier nicht nur darum, der Stadt Karlsruhe insgesamt zusätzlichen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sondern implizit auch dem Ortsteil Grünwettersbach die Möglichkeit zu eröffnen, dass am Ende verbleibende ältere Persönlichkeiten dort in den Einfamilienhäusern vielleicht im Stadtteil bleiben können, aber dann in eine solche Etagenwohnung umziehen können, sodass man dann das bisher untergenutzte Haus auf einem untergenutzten Grundstück dann vielleicht wieder an neuen Familien zur Verfügung stellen kann. Das eine oder andere Haus wird sicherlich dann auch noch mal entsprechend modifiziert und gegebenenfalls erweitert oder erneuert werden. Das heißt, wir schaffen gerade hier auch die Voraussetzungen, dass zukünftige ältere Generationen im Ortsteil verbleiben können, aber so, dass dann trotzdem zusätzlicher Wohnraum auch für junge Familien wieder entstehen kann und es sozusagen ein Wechselprozess in diesem Ortsteil ausgelöst wird, ohne dass man den Ortsteil verlassen muss. Das, kann ich mich erinnern, war zum Beispiel auch in Waldbronn ein großes Thema, dass man gesagt hat, wir müssen dort in den Mehrfamilienwohnungsbau einsteigen, damit nicht die Menschen in zu großen Häusern, die sie gar nicht nutzen können, schon deswegen verbleiben müssen, weil sie ihre Gemeinde nicht verlassen wollen später. Das spielt ja gerade auch für ältere Sozialstrukturen oder gewachsene Sozialstrukturen eine ganz enorme Rolle. Das sei an dieser Stelle auch noch mal ausdrücklich betont.

Damit kommen wir jetzt zur entsprechenden Beschlussfassung. Der interfraktionelle Änderungsantrag ist damit erledigt, wenn ich das richtig verstehe, und wir kommen jetzt zur unveränderten Beschlussvorlage, und hier bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung, die, glaube ich, auch noch mal eine schöne Genugtuung und eine schöne Reflektion der Aktivitäten der Verwaltung in den letzten Jahren ist, und ich darf mich da auch noch beim Ortschaftsrat und bei allen, die da auch vor Ort ganz intensiv mitdiskutiert haben, ich war ja selber auch mal draußen, ganz, ganz herzlich bedanken. Das war ein mühsamer Weg, aber ich glaube, wir haben jetzt insgesamt einen guten Kompromiss gefunden, der auch vor allem dem Ortsteil selber einige Zukunftsperspektiven bringt, die wir sonst nicht hätten realisieren können.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
6. März 2023